WIRTSCHAFTSKAMMER
BASELLAND

Medienmitteilung vom 22.07.2014
Zeichen Lead: 512; Zeichen Gesamttext: 4226

Landratsvorlage zu Beiträgen an die Berufsbildung ist für die Wirtschaftskammer nicht akzeptabel

Regierung verfehlt Auftrag des Parlaments klar

Liestal. Der Kanton soll an die Kosten von Überbetrieblichen Kursen (ÜK) unabhängig vom Kursort seine Beiträge gegenüber der Interkantonalen Berufsfachschulvereinbarung verdoppeln. Das fordert eine 2010 vom Landrat überwiesene Motion von Urs Berger, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland und Leiter Berufsbildung. Nun will der Kanton laut Vorlage nur zwei Drittel bezahlen. «Das ist nicht akzeptabel – die Motion ist wortgetreu umzusetzen», schreibt die Wirtschaftskammer in ihrer Vernehmlassungsantwort.

Baselbieter KMU-Betriebe, für deren Berufsfeld im Kanton Baselland keine Überbetrieblichen Kurse (ÜK) für Lernende bestehen, werden heute stark benachteiligt. Der Grund: Der Kanton verdoppelt seine Beteiligung an ÜK-Beiträgen nach geltendem Recht nur dann, wenn sich das jeweilige Kurszentrum im Baselbiet oder in Basel-Stadt befindet, nicht aber für ÜK, die in anderen Kantonen stattfinden.

Mit dem Ziel, diese Benachteiligung zu beseitigen, hat der Baselbieter Landrat 2010 eine Motion von Urs Berger, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland und Leiter Berufsbildung, mit 69 Stimmen bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen überwiesen. Der eindeutige und unmissverständliche Auftrag des Parlaments an die Regierung lautete, eine Landratsvorlage auszuarbeiten, welche eine Verdoppelung der Pro-Kopf und Kurstag-Beiträge durch den Kanton sicherstellt – und zwar unabhängig vom Kursort.

Mit der nun vier Jahre nach dem parlamentarischen Auftrag vorliegenden Landratsvorlage kommt die Regierung diesem Auftrag keineswegs nach. Im Gegenteil: Der sogenannte Kantonsteil 2 an den ÜK soll statt der vom Parlament geforderten 100 Prozent nur noch 67 Prozent (2/3) betragen – für alle Kursorte. «Das ist nicht akzeptabel, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Regierungsrat damit den Kantonsteil für die im eigenen Kanton stattfindenden Kurse reduzieren würde – die Motion ist wortgetreu umzusetzen», sagt Urs Berger.

In ihrer Vernehmlassungsantwort zeigt sich die Wirtschaftskammer verwundert. Es dürfe nicht sein, dass das Anliegen der Motion auf Kosten eines Teils der Lehrbetriebe umgesetzt werde. Eine Begrenzung auf 2/3 des Grundsatzes würde de facto zu einer

Kürzung der heutigen Beiträge für innerkantonale Kursangebote führen und die einzelnen KMU-Betriebe direkt treffen, kritisiert die Wirtschaftskammer.

Der Baselbieter KMU-Dachverband anerkennt die Sparbemühungen der Regierung. Diese seien aufgrund der finanziellen Gesamtsituation des Kantons nachvollziehbar, heisst es in der Vernehmlassungsantwort. Die Mehrkosten welche die wortgetreue Umsetzung des Auftrags des Parlaments verursachen würden, machen aber am Gesamtaufwand im Bereich Bildung nur einen verschwindend geringen Anteil aus. «Die Wirtschaftskammer ist überzeugt, dass diese Mehrkosten im Bereich Berufsbildung einen wichtigen Beitrag zum Berufsbildungsangebot im Kanton Baselland darstellen. Zudem ist der durch die Vorlage des Regierungsrats vorgeschlagene faktische Abbau dieses Bildungsangebots im Kanton Basel-Landschaft in keiner Weise gerechtfertigt», schreibt die Wirtschaftskammer.

Der Baselbieter KMU-Dachverband zeigt sich «überrascht, dass der Regierungsrat offenbar bereit ist, erneut auf Kosten der dualen Bildung zu sparen und de facto einen Bildungsabbau vorschlägt». Mit der Umsetzung der Vorlage würde sich der Kanton als schlechter Partner der ausbildenden KMU-Wirtschaft erweisen und seine schweizweite Spitzenposition in der Berufsbildung leichtfertig verspielen. Beides stehe in diametralem Widerspruch zu den Aussagen des zuständigen Regierungsrats Urs Wüthrich-Pelloli in der Landratsdebatte vom 11. September 2008, als das Parlament mit 73:0 Stimmen die Verdoppelung der Kantonsbeiträge an die ÜK beschlossen hat. «Der Regierungsrat anerkannte damals ausdrücklich, dass die KMU-Lehrbetriebe durch diese Verdoppelung der Kantonsbeiträge an die ÜK entlastet werden. Urs Wüthrich-Pelloli versicherte in der Debatte, die Branchenverbände könnten diesbezüglich auf den Kanton als verlässlichen Partner zählen. Wir nehmen ihn beim Wort – auch heute noch», sagt Berger.

Kontakte

E. Landrat Urs Berger
Stv. Direktor und Leiter Berufsbildung
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 079 455 53 00

Daniel Schindler
Kommunikationsbeauftragter
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 061 927 65 62; 079 688 30 46